

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Michaela Noll, Maria Eichhorn, Dr. Maria Böhmer, Antje Blumenthal, Thomas Dörflinger, Ingrid Fischbach, Markus Grübel, Kristina Köhler (Wiesbaden), Walter Link (Diepholz), Rita Pawelski, Hannelore Roedel, Andreas Scheuer, Willi Zylajew und der Fraktion der CDU/CSU

Verbesserung der Zukunftsperspektiven für Jungen

Kinder sind das wichtigste Gut einer Gesellschaft und müssen besonders geschützt und gefördert werden.

Die Studie „Soziale Kompetenz für Kinder und Familien – die Erlangen-Nürnberg-Studie“ der Universität Erlangen-Nürnberg, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), beweist: Etwa jedes siebte bis achte Kind unter sechs Jahren zeigt Verhaltensauffälligkeiten. In 13 bis 17 Prozent der Fälle erreichten die Verhaltensprobleme der Kinder ein Ausmaß, das im Sinne eines Screening als kritisch einzuschätzen ist. Die Jungen hatten danach deutlich mehr Probleme im Sozialverhalten (Aggression, Dissozialität, Hyperaktivität und Unaufmerksamkeit).

Festzustellen ist auch, dass es in der Schule, in der Freizeitgestaltung, bei der Gesundheit oder im Bereich der Kriminalität eine deutliche Zunahme von jungenspezifischen Problemen gibt.

Hinzu kommt ein weiteres Problem bedingt durch den familiären Wandel. Die Anzahl der Kinder, die in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften und bei Alleinerziehenden aufwachsen, nimmt stetig zu. In jeder sechsten Familie erzieht die Mutter das Kind allein. Das heißt, dass immer mehr Jungen ohne männliche Bezugsperson groß werden. Die Zahl hat sich in den letzten zehn Jahren vervierfacht. Wissenschaftliche Erkenntnis ist, dass Jungen stärker unter dem Zerfall der Familien leiden und dass der Vater wie die Mutter schon in der frühen Kindheit eine große Bedeutung für die weitere sozioemotionale Entwicklung des Kindes hat. Zudem sind Männer als Bezugspersonen und Rollenmodell in Krippen, Kindergärten, Grundschulen und in der Kinder- und Jugendarbeit unterrepräsentiert oder fehlen ganz.

Noch komplexer stellt sich die Orientierung für Jungen aus anderen Kulturkreisen dar. Normen und Werte der Herkunftsländer kollidieren mit der liberalen Gesellschaft in Deutschland. Unkenntnis über unterschiedliche religiöse Haltungen und Gepflogenheiten können Verletzungen und Aggressionen hervorrufen, die ein friedliches Leben oder gar Miteinander erschweren. Die Erfahrung von Ausgrenzung könnte bei vielen ausländischen männlichen Jugendlichen zu aggressivem Verhalten führen. Dabei sind Separationstendenzen türkischer, russischer oder anderer Nationalitätsgruppen bereits jetzt vorhanden. Der damit verbundene Darstellungs- und Provokationsdrang der Jungen birgt Gefahren in sich. Diese Situation erschwert die Integration in die Gesellschaft nicht unerheblich.

Der geschlechtsspezifisch differenzierte Blick macht deutlich, dass sich unsere Gesellschaft tief greifend damit befassen muss, wie die Jungen aufwachsen. Es ist Aufgabe der Politik, auf diese gesellschaftliche Veränderung zu reagieren und Jungen in Deutschland angemessen zu unterstützen. Nur so können gesunde, sozialkompetente und leistungsfähige Jungen heranwachsen.

Wir fragen die Bundesregierung:

I. Schule und Bildung

1. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den geschlechtsspezifischen Erkenntnissen der PISA-Studie und wie wird bei den möglichen Konsequenzen den Unterschieden zwischen Jungen und Mädchen Rechnung getragen?
2. Welche Gründe sieht die Bundesregierung dafür, dass die schulischen Leistungen von Jungen oftmals geringer sind, als diejenigen der Mädchen (vorzeitige Einschulung, Sitzenbleiber, Schulverweigerer, Anzahl der Abiturienten)?
3. Welche Gründe sieht die Bundesregierung dafür, dass es seit zwei Jahren mehr Studentinnen als Studenten gibt?
4. Warum hat die Bundesregierung im Jahresbericht 2003 „Bildung auf einen Blick“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) die geringeren Männeranteile in Studiengängen zu sozialen und erzieherischen Berufen im Gegensatz zu den Studienbereichen, in denen ein geringerer Frauenanteil besteht, nicht erwähnt?

II. Freizeitverhalten

5. Gibt es aktuelle Forschungsprojekte im Auftrag der Bundesregierung, die sich mit dem Thema Fernsehverhalten von Kindern und dessen Auswirkungen auf die Schulleistungen beschäftigen, und wenn ja, wie werden diese Projekte von der Bundesregierung unterstützt?
Gibt es eine Aufschlüsselung nach Geschlecht?
6. Inwieweit berücksichtigt das BMFSFJ in seiner Kampagne „Schau hin, was deine Kinder machen“ das unterschiedliche Fernsehverhalten von Jungen und Mädchen?
7. Sind der Bundesregierung Studien bekannt, die sich mit dem Computerkonsum und dessen unterschiedliche Auswirkungen auf das Sozialverhalten der Jungen und Mädchen beschäftigen, und wenn ja welche?

III. Familie

8. Wie bewertet die Bundesregierung das Ergebnis der Erlangen-Nürnberger Studie, dass den deutlichen Zusammenhang zwischen kindlichen Verhaltensproblemen und der elterlichen Erziehung feststellt?
9. Wie beurteilt die Bundesregierung die psychosoziale Situation von Jungen und Mädchen, die bei Alleinerziehenden aufwachsen?
10. Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass Kinder von Alleinerziehenden leicht erhöhte Problemwerte zeigen (Erlangen-Nürnberger Studie)?
11. Besitzt die Bundesregierung nähere Erkenntnisse über die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den genannten Problemwerten?
12. Inwieweit sind nach Auffassung der Bundesregierung Abweichungen in der beruflichen Entwicklung von Jungen und Mädchen, die bei Alleinerziehenden aufwachsen, gegenüber denen aus 2-Eltern-Haushalten (Schulleistung, Berufsabschlüsse, Arbeitslosigkeit etc.) festzustellen?

13. Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass viele Jungen und Mädchen nach der Trennung/Scheidung keinen regelmäßigen Kontakt mit dem anderen Elternteil, insbesondere mit dem Vater, haben?

Gibt es Erkenntnisse darüber, inwiefern sich der fehlende Kontakt zu einem oder beiden Elternteilen unterschiedlich auf Jungen und Mädchen auswirkt?

14. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung vor diesem Hintergrund ergreifen, um die Stellung des Vaters im Interesse der Jungen und Mädchen zu stärken?
15. Welche Gründe geben Alleinerziehende bei der Inanspruchnahme psychosozialer Hilfen an und gibt es hinsichtlich der Kinder geschlechtsspezifische Unterschiede?
16. Welche Aufgaben sollten nach Auffassung der Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Jugendämter übernehmen?
17. Welche konkreten Ergebnisse brachte in diesem Zusammenhang die „Väterkampagne“ der ehemaligen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Christine Bergmann?
18. Hat die Bundesregierung in den letzten Jahren Erhebungen zum Alter von jungen Vätern durchgeführt und welche Erkenntnisse zieht die Bundesregierung hieraus?
19. Welche konkreten Maßnahmen hat die jetzige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt, im Rahmen ihrer bisherigen Amtszeit unternommen bzw. welche plant sie, um der Erkenntnis, dass Kinder ihren Vater bräuchten, sonst fehle ihnen ein Teil ihrer Identität und dass es zu wenig Hilfen, Beratungsstellen und Mediationen gebe, Rechnung zu tragen, zu der sie in ihrem Buch „S.O.S. Familie: ohne Kinder sehen wir alt aus“ gekommen ist?
20. Ist der Bundesregierung die Zahl der Kinder bekannt, die in Deutschland in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften erzogen werden und wie hoch der Anteil der Jungen ist?
21. Wie beurteilt die Bundesregierung die besonderen Alltagsprobleme (z. B. Diskriminierung und Stigmatisierung) der Jungen und Mädchen, die in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften aufwachsen?
22. Hat die Bundesregierung Untersuchungen zur psychosozialen Situation von Jungen und Mädchen in Deutschland, die in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften aufwachsen, in Auftrag gegeben, und wenn ja, zu welchen Ergebnissen führten die Untersuchungen?
23. Gibt es in Deutschland eine Langzeitstudie über die psychischen Auswirkungen von Jungen und Mädchen, die bei gleichgeschlechtlichen Paaren aufwachsen, und wenn nein, plant die Bundesregierung eine solche Studie in Auftrag zu geben?

IV. Ausländer, Eingebürgerte und Spätaussiedler

24. Wie hoch ist der Jungenanteil innerhalb der ausländischen Bevölkerung in Deutschland?
25. Besitzt die Bundesregierung Erkenntnisse über die besonderen Probleme und Konflikte von Jungen aus nicht-deutschen und eingebürgerten Familien, und wenn ja, welche besonderen Maßnahmen werden ergriffen?

Inwiefern sind der Bundesregierung Unterschiede bei Problemen und Konflikten von Jungen aus nicht-deutschen und eingebürgerten Familien im Vergleich zu Mädchen aus solchen Familien bekannt?

26. Gibt es bereits besondere Hilfsangebote, die jeweils auf Jungen und Mädchen zugeschnitten sind?
27. Wie hoch ist der Jungenanteil innerhalb der in Deutschland lebenden Spätaussiedler?
28. Sind nach Ansicht der Bundesregierung die jungen männlichen Spätaussiedler in der deutschen Gesellschaft integriert?
Falls nein, was unternimmt die Bundesregierung, um jungen männlichen Spätaussiedlern eine verbesserte Integration zu ermöglichen?
Inwiefern liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über geschlechtsspezifische Unterschiede im Verlauf und im Ergebnis der Integration von männlichen und weiblichen Spätaussiedlern in die deutsche Gesellschaft vor?
29. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, „dass das Kinderprogramm zur Förderung der sozialen Kompetenz auch bei Migranten- und Unterschichtenkindern positive Effekte hat“ (Erlangen-Nürnberger Studie, S. 18)?
30. Was unternimmt die Bundesregierung, um bei dieser Zielgruppe die Schwierigkeiten bei der Programmimplementierung abzubauen?

V. Lehr- und Erziehungskräfte

31. Was regt die Bundesregierung an, um den Beruf des Erziehers für junge Männer attraktiver zu gestalten, und sieht sie entsprechende Möglichkeiten der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, um den Anteil männlicher Erzieher (5 Prozent, 54 Prozent davon in der Verwaltung) in den Kindertagesstätten zu erhöhen?
32. Unterstützt die Bundesregierung den Ansatz, schon in der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Erzieherinnen und Erzieher eine Differenzierung in Jungen- und Mädchenpädagogik vorzunehmen, und sind ihr darüber hinaus bereits entsprechende Beispiele aus den Ländern oder Kommunen bekannt?
33. Sind der Bundesregierung Beispiele aus den Ländern für jungen- bzw. mädchenpädagogische Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher bekannt, wie z. B. die Erzieherinnen- und Erzieherfortbildung „Jungenpädagogik“ der Beratungsstelle Schloßstraße der Caritas in Erfstadt, NRW (Erziehungs- und Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche), und wenn ja, gibt es Informationen über die Nutzung und Resonanz solcher Angebote?
34. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über das quantitative Verhältnis von Tagesmüttern und Tagesvätern und was sind die Gründe für die geringere Anzahl von Tagesvätern?

VI. Gesundheitssituation der Jungen

35. Wie beurteilt die Bundesregierung die gesundheitliche Situation der Jungen gegenüber der gesundheitlichen Situation der Mädchen?
36. Wie hoch ist nach Erkenntnis der Bundesregierung der Anstieg der Jungen in Deutschland, die übergewichtig sind, im Vergleich zu den Mädchen in den letzten zehn Jahren (Angaben in Prozent zur Anzahl aller übergewichtigen Kinder)?
37. Verfügt die Bundesregierung über genaue Daten bezüglich der Zahl der minderjährigen Jungen und Mädchen, die alkoholabhängig sind?
38. Wie bewertet die Bundesregierung das Ergebnis des Gesundheitsreports 2004 der Gmünder Ersatzkasse, das aufzeigt, dass 2003 bereits 28 von 10 000 jungen Männern (bei Frauen nur 19 von 10 000) wegen Alkohol-

missbrauchs in eine Klinik eingewiesen wurden, und welchen Handlungsbedarf sieht sie?

39. Wie viele männliche Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren rauchen regelmäßig oder gelegentlich im Vergleich zu weiblichen Jugendlichen?
Wie sehen die entsprechenden geschlechtsspezifischen Maßnahmen der Bundesregierung aus?
40. Sind der Bundesregierung medizinische oder sozialpädagogische Forschungsprojekte bekannt, die sich mit dieser Thematik geschlechtsspezifisch auseinander setzen, und wenn ja, unterstützt die Bundesregierung diese Projekte?
41. Gibt es medizinische oder sozialpädagogische Forschungsprojekte, die sich mit der Tatsache, dass Jungen drei- bis viermal häufiger Entwicklungsstörungen wie Hyperaktivität, Konzentrationsschwäche oder Autismus entwickeln, jungenspezifisch auseinander setzen, und wenn ja, unterstützt die Bundesregierung diese Projekte?
42. Hat die Bundesregierung eine geschlechtsdifferenzierende Studie in Auftrag gegeben, die sich mit der Frage beschäftigt, ob Kinder, die ohne männliche Bezugsperson aufwachsen, besondere Anfälligkeiten für bestimmte Erkrankungen zeigen, und wenn ja, wie sehen die Ergebnisse aus?

VII. Kriminalität

43. Inwieweit berücksichtigt die Bundesregierung bei ihrer Bekämpfung des Rechtsextremismus die Tatsache, dass er zu 95 Prozent (Quelle: „Spiegel-Online“ vom 7. Oktober 2002) ein Jungen- bzw. junge Männerproblem ist, und wie sehen ihre Maßnahmen konkret aus?
44. Sind der Bundesregierung Statistiken zum Vergleich der Straffälligkeit von Jungen und Mädchen bekannt und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus?
45. Wie sehen die jungenspezifischen Maßnahmen aus, die die Bundesregierung unternimmt, um dem Anstieg der Gewalt an Schulen entgegenzuwirken?
Gibt es unterschiedliche Ansätze für Jungen und Mädchen?
Wenn ja, worin liegen die Unterschiede?
46. Wie hoch ist der Anteil der männlichen und weiblichen jugendlichen Ersttäter mit Migrantenhintergrund?
Ist in den letzten Jahren ein Anstieg zu erkennen?
47. Wie hoch ist der entsprechende Anteil bei den Wiederholungstätern?
48. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis einer Studie des BMFSFJ und des Bundesministeriums der Justiz (Quelle: „Focus“ 13/2004), nach der Jungen öfter Opfer von Misshandlungen werden als Mädchen?
49. Wie bewertet die Bundesregierung die in dem vom Bundesministerium des Innern herausgegebenen Sammelband „Islamismus“ publizierte Studie, nach der bei muslimischen Jungen höhere Religiosität mit höherer Gewaltneigung korreliert, während bei christlichen Jugendlichen eine höhere Religiosität zu einer geringeren Gewaltneigung führt?
Wie erklärt sich die Bundesregierung diese Ergebnisse und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

VIII. Jungenarbeit und Institutionalisierung

50. Wie bewertet die Bundesregierung Beispiele aus den Ländern bzw. Kommunen, in denen die familienbezogene Jugendarbeit im Sinne des § 11 Abs. 3 Nr. 3 Alt. 3 Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) spezielle jungen- und mädchenbezogene Maßnahmen vorsieht?
51. Berücksichtigt die allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie (§ 16 KJHG) die jeweiligen Besonderheiten der Erziehung von Jungen und Mädchen, und wenn ja, welche konkreten Fördermaßnahmen der Länder bzw. Kommunen sind der Bundesregierung bekannt?
52. Wie sehen konkrete geschlechtsdifferenzierende Fördermaßnahmen der Bundesregierung aus, die der Tatsache gerecht werden, dass § 9 Nr. 3 KJHG fordert, „die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern“, bzw. sind der Bundesregierung entsprechende Beispiele aus den Ländern und Kommunen bekannt?
53. Wie steht die Bundesregierung zum Arbeitsfeld Jungenarbeit, zu seiner Institutionalisierung und seiner Zukunftsperspektive und mit welchen konkreten Maßnahmen unterstützt sie dieses Arbeitsfeld?
54. Bestehen in der Bundesregierung Überlegungen, in Analogie zum „Girls-Day“ einen „Boys-Day“ einzuführen?
55. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf im Rahmen ihrer gesetzlichen Grundlage des Achten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB VIII) eine stärkere Geschlechtsbezogenheit der Kinder- und Jugendhilfe zu formulieren, um eine bessere Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Jungen und Mädchen zu erreichen?
56. Wie ist die Haltung der Bundesregierung, die Jungenarbeit zukünftig nicht nur mit ehrenamtlichen Kräften zu gewährleisten, sondern diese auch durch hauptberufliche Stellen institutionell, z. B. bei den Landesarbeitsgemeinschaften Jungenarbeit, abzusichern?
57. Wie sieht die Bundesregierung die Einsetzung von „Jungenbeauftragten“, wie sie z. B. die Stadt München hat, und deren Wirkungsmöglichkeiten?
58. Wie viele Jungenbeauftragte gibt es in Deutschland?

Berlin, den 29. Juni 2004

Michaela Noll
Maria Eichhorn
Dr. Maria Böhmer
Antje Blumenthal
Thomas Dörflinger
Ingrid Fischbach
Markus Grübel
Kristina Köhler (Wiesbaden)
Walter Link (Diepholz)
Rita Pawelski
Hannelore Roedel
Andreas Scheuer
Willi Zylajew
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

